

Statement

US-Zölle: Schwarzer Tag für den transatlantischen Handel

Berlin, 03. April 2025 | US-Präsident Donald Trump hat heute sogenannte „reziproke“ Zölle für alle Handelspartner der USA angekündigt. Zunächst soll am 5. April ein Basiszollsatz von 10 Prozent erhoben werden, und dann am 9. April sollen die länderspezifischen Zölle in Kraft treten. Für Exporteure aus der EU wurde ein Mindestzoll von 20 Prozent veranschlagt.

Dazu Kerstin Maria Rippel, Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Stahl: „Die Ankündigung reziproker Zölle durch die USA ist ein schwarzer Tag für den transatlantischen Handel. Wie kein anderes Land in der EU ist Deutschland vom Export abhängig. Ein Großteil der in die USA gelieferten Güter ist dabei in hohem Maße stahlintensiv. Diese indirekten Stahlexporte, also die Ausfuhr von Produkten mit hohem Stahlanteil, zum Beispiel in Maschinen oder Werkzeugteilen, betragen 2,4 Millionen Tonnen. Die Stahlindustrie ist damit zum einen durch die Strafzölle auf Stahl und Aluminium betroffen, zum anderen indirekt durch die gegen die Automobilindustrie verhängten Zölle – und nun einmal mehr durch die heutigen US-Maßnahmen.

In der aktuellen Nachfragekrise der Stahlindustrie droht diese rigorose Zollmauer zum Brandbeschleuniger zu werden. Die Europäische Union hat jetzt den Drahtseilakt vor sich, auf die Zollmaßnahmen ge- und entschlossen zu reagieren – aber gleichzeitig den Dialog mit den USA offen zu halten und eine politische Lösung zu finden. Auf nationaler Ebene ist es nun umso wichtiger, dass die Bundesregierung die im Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz bereitstehenden Mittel zeitnah in ein konkretes, schnell wirkendes Infrastrukturpaket überführt, das unserer Konjunktur die so dringend benötigten Impulse geben kann.“

Ihr Ansprechpartner

Marvin Bender | Pressesprecher | +49 30 23 25 546-50 | presse@wvstahl.de

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl ist die Stimme der Stahlindustrie in Deutschland, die sich zum Ziel gesetzt hat, bis 2045 klimaneutral zu produzieren – und damit ein Drittel der gesamten industriellen Treibhausgasemissionen einzusparen. Der Verband mit Hauptsitz in Berlin macht sich für einen politischen Rahmen stark, der einen klimaneutralen und auch in Zukunft starken Stahlstandort möglich macht. Mit 37,2 Millionen Tonnen im Jahr 2024 weist Deutschland die größte Stahlproduktion Europas auf.